

Pferdesteuer – nicht mit uns!

In seinem Urteil aus dem Jahr 1982 wies der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Reitpferdesteuer zurück, weil sie grundsätzlich öffentliche Belange beeinträchtigt und im Widerspruch zu staatlichen Interessen stehe.

Folgende Argumente (zusammengetragen von Susanne Bauer) sprachen aus Sicht des Gerichts damals und sprechen auch heute gegen eine Besteuerung der Reitpferde und dies dürfte nicht nur für Bayern gelten:

- Kommunale Steuern sollen grundsätzlich öffentliche Belange nicht beeinträchtigen. Einkommensverbesserungen der Landwirtschaft sind durchaus als öffentlicher Belang zu betrachten - und ein Absinken des Pferdebestands hätte für die Landwirte empfindliche Einkommenseinbußen zur Folge.
- Die Ausübung des Reitsports und seine weitere Verbreitung sind in staatlichem Interesse und werden finanziell unterstützt. So werden Reitanlagen, Reithallen und auch der Reitwegebau öffentlich gefördert.

(Zwar schließt die staatliche Bezuschussung eine Besteuerung nicht grundsätzlich aus, jedoch wird der Staat im Verhältnis zu den Gemeinden darauf achten, dass nicht durch kommunale Steuern den Zielen entgegengewirkt wird, denen er Vorrang einräumt!)

- Freizeit und Erholung wurden schon 1982 groß geschrieben, heute ist Breitensport in der Natur ja sogar durch das novellierte Naturschutzgesetz verankert. Eine Pferdesteuer auf kommunaler Ebene würde die breitensportliche Betätigung Erholungssuchender einschränken.

(Setzt man das Reitpferd einmal mit einem Sportgerät gleich, wie im Urteil von 1982 ausgeführt, so liegt eindeutig "eine Bagatellbesteuerung von Sportgeräten nicht im öffentlichen Interesse".)

- Bleibt nicht zuletzt das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen: Der Verwaltungsaufwand, der für eine Pferdesteuer anfiel, würde die Steuer praktisch aufzehren. Die kommunalen Bagatellsteuern wurden abgeschafft, um einerseits den Steuerzahler zu entlasten und die Wirtschaft anzukurbeln, andererseits "einen Schritt zur allgemein für notwendig erachteten Steuervereinfachung" zu tun. Eine Pferdesteuer würde beiden Zielen zuwiderlaufen.
- Insgesamt wird auf den Nutzen des Reitsports in vielerlei Hinsicht hingewiesen und ganz klar gesagt, die "positive Bewertung des Reitsports ... schließe mit ein, dass die mit dem Reiten verbundenen Nachteile für die Allgemeinheit in Kauf genommen werden sollen"; im Klartext: Reiter und Pferde sind in Deutschland so wichtig, dass vielleicht auftretende Wegeschäden oder andere Störungen schlichtweg toleriert werden sollten.

Den Arbeitskreis Recht des Bundesverbandes können Landes- und Unterverbände kontaktieren, wenn es aus aktuellem Anlass weitere Fragen zu Pferdesteuern gibt. Ansprechpartner ist: Uta Beitlich-Thommes: www.ra-beitlich-thommes.de

Der Arbeitskreis Presse empfiehlt bei drohenden Pferdesteuern zudem:

- *Protestschriften an die Gemeinde*
- *Öffentliche Statements und Leserbriefe, Informationen über Internet und Zeitungen*
- *Bitten um Stellungnahmen von Gemeindevertretern und Verbänden*

Der Fachverband für Gelände- und Wanderreiter und -fahrer

